



## Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Straßburger Plenarwoche in diesem Jahr war geprägt von den turbulenten Nachrichten aus Deutschland. Nachfolgend berichte ich über aktuelle Beschlüsse und Debatten aus dieser Woche.

### I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

#### Abgeordnete bewerten EU-Gipfel und polnische Ratspräsidentschaft

Das Europäische Parlament hat sich in einer Plenardebatte am Dienstag mit dem vom 8. bis 9. Dezember tagenden EU-Gipfel, dessen Schwerpunkt mögliche Lösungen der EU und der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung war, beschäftigt. Die Beschlüsse wurden mit großer Mehrheit begrüßt. Hitzige Debatten gab es mit den britischen Konservativen, die sich immer mehr isolieren. In der Aussprache am Mittwoch wurde auch ein Fazit der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Polens, die Ende 2011 abläuft, gezogen.

#### EU-weiter Schutz für Opfer von Gewalttaten

Gewaltopfer, die in einem EU-Mitgliedstaat vor ihren Tätern geschützt werden, könnten die gleichen Schutzmaßnahmen auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie in einen anderen EU-Staat reisen. Das Parlament hat über die neuen Regeln, auf die sich die Parlamentsdelegation bereits mit nationalen Regierungen geeinigt hatte, am Dienstag abgestimmt. Demnach wären Opfer auch in anderen EU-Staaten vor geschlechterbezogener Gewalt, Belästigung, Entführung, Stalking oder versuchtem Mord geschützt.

#### Einheitliche Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für Drittstaatsangehörige (Schattenbericht Sozialausschuss)

Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die in der EU leben und arbeiten möchten, können die Genehmigungen für Aufenthalt und Arbeit künftig in einem Anlauf beantragen. Das Europäische Parlament hat den entsprechenden Richtlinienvorschlag für die 'einheitliche Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis' diese Woche gebilligt. Außerdem bekommen Arbeitsmigranten zusätzliche Rechte, um sie weitgehend mit EU-Arbeitnehmern gleichzustellen. Damit wird der Rahmen für eine Vereinfachung und eine gemeinsam gesteuerte Einwanderungspolitik in der EU verwirklicht, die die Mitgliedsstaaten schon 1999 in Tampere beschlossen hatten. Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel ist dieser Schritt ungeheuer wichtig. Unsere Bevölkerung in Europa schrumpft, wir brauchen in Zukunft Arbeitnehmer von außerhalb der EU. Daher sollten wir zusehen, dass die legale Zuwanderung erleichtert wird und nicht der illegale Weg der einzige bleibt. Der Richtlinienentwurf garantiert Arbeitnehmern aus Drittstaaten ein gemeinsames Bündel an Rechten und weitestgehende Gleichbehandlung mit den Angehörigen des jeweiligen EU-Staates. Der Kompromiss macht

nach 10 Jahren Diskussion endlich eine Einigung mit dem Rat möglich. Die Richtlinie muss nun von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden und soll Anfang des Jahres 2014 greifen.

#### Weniger Bürokratie für Kleinunternehmen

Das Europäische Parlament hat den mit dem Rat vereinbarten Kompromiss zur Ausnahme von Kleinunternehmen von der Pflicht der Erstellung von Jahresabschlüssen angenommen. Dafür haben wir Liberale im Europäischen Parlament zwei Jahre lang engagiert gestritten. Nach dem mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss ist vorgesehen, dass solche Unternehmen von der Offenlegungspflicht befreit werden können, welche 2 der 3 folgenden Kriterien erfüllen: (1) Bilanzsumme von max. 350.000 Euro, (2) Nettoumsatzerlös von max. 700.000 Euro, (3) max. 10 Beschäftigte. Während das Parlament den Vorschlag der Kommission, der sehr hohe Schwellenwerte beinhaltete, in den Beratungen ausdrücklich unterstützte, versuchte der Rat, diese zu halbieren. Letztlich ist es uns jedoch gelungen, die Schwellenwerte möglichst hoch zu halten. Die endgültige Entscheidung über die Einführung der Befreiung obliegt aber den Mitgliedstaaten. Da Deutschland zu den großen Unterstützern des Richtlinienvorschlags zählt, kann man mit der Einführung der Ausnahmeregelung für Kleinunternehmen in Deutschland rechnen.

#### Neuer Präsident und neue Abgeordnete

Die Amtszeit des Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek wird am 17. Januar 2012 enden, wenn das Parlament den neuen Präsidenten für die zweite Halbzeit der Legislaturperiode wählt. Während der letzten Plenarsitzung unter seiner Führung zog Buzek daher in einer Plenarrede Bilanz seiner zweieinhalbjährigen Präsidentschaft. Drei Tage zuvor teilte er dem Plenum die Ankunft von 14 neuen Abgeordneten aus Österreich, Italien, Malta, Spanien, Schweden, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich mit. Nach einer Entscheidung des Europäischen Rates von Juni 2010 in Folge des Vertrages von Lissabon, der einen neuen Verteilungsschlüssel vorsieht, wird das Europaparlament um insgesamt 18 neue EU-Abgeordnete erweitert. Die verbleibenden fünf Mitglieder werden aufgenommen, sobald die nationalen Regierungen dem Parlament die Namen mitgeteilt haben.

#### Eindeutigere Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte

Das Parlament hat in Straßburg der Novellierung der bestehenden Gesetzgebung von 2001 zur Kennzeichnung von Fruchtsäften zugestimmt. Der neuen Regelung zufolge ist es in Zukunft untersagt, Säfte und Nektare missverständlich zu etikettieren. Z.B. müssen bei Saftmischungen aus dem Produktnamen alle Säfte hervorgehen, die darin enthalten sind. Nektare, denen Süßstoffe anstatt Zucker beigefügt sind, dürfen nicht mehr die Aufschrift „ohne Zuckerzusatz“ tragen. Die neue Gesetzgebung sieht auch eine Änderung der Definition von Säften vor. Saft darf zukünftig nur genannt werden, was keinen Zucker oder Süßstoff enthält. Nach Zustimmung des Rates haben die nationalen Parlamente 18 Monate Zeit, ihre Gesetzgebung entsprechend zu aktualisieren.

#### Reinigungsmittel werden EU-weit nahezu phosphatfrei

Am Mittwoch hat das Parlament über die erlaubte Maximalmenge an Phosphaten in Spül- und Waschmitteln entschieden. Aus Gründen des Umweltschutzes ist ab Juni 2013 in einer normalen Dosierung Waschmittel maximal eine Menge von 0,5 Gramm Phosphor zulässig, in Spülmitteln eine von 0,3 Gramm. Einige Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, haben bereits

heute Beschränkungen. Mit dem EU-Gesetz werden sich nun aber Unternehmen in allen 27 Mitgliedsstaaten einheitlichen Regeln unterwerfen müssen. Phosphorhaltige Abwässer stellen eine Umweltbelastung dar, da der Stoff übermäßiges Pflanzenwachstum in Gewässern stimuliert und dadurch Fische und andere Wasserlebewesen zu ersticken drohen.

### Haftbedingungen und Rechte von Gefangenen in der EU

Am Donnerstag hat das Parlament eine Resolution verabschiedet, in der es seine Besorgnis über die Lage der Haftbedingungen in der EU äußert. Mit der Resolution fordern die Abgeordneten die Kommission auf, einen Legislativvorschlag zu den Rechten von Häftlingen und Mindestnormen für Haftbedingungen vorzulegen. Zudem heißt es in der Resolution, dass Entschädigungen für Personen die zu Unrecht inhaftiert oder verurteilt würden vereinheitlicht werden sollen.

Derzeit, das geht aus dem Grünbuch der Kommission zum Freiheitsentzug hervor, leben große Teile der schätzungsweise 630000 Inhaftierten unter besorgniserregenden Zuständen. Besonders die Überfüllung vieler Haftanstalten wird zu einem immer größeren Problem. In diesem Zusammenhang fordert die Resolution eine neue Haushaltlinie, um die Mitgliedsstaaten, die häufig auf fehlende Mittel zur Verbesserung der Haftzustände hinweisen, zu hohen Standards anzuhalten

### EU-Seesicherheitsagentur soll Meeresverschmutzung besser bekämpfen

Das Europaparlament hat diese Woche beschlossen, das Mandat der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) auch auf Öl- und Gasplattformen auszuweiten. Bisher verfolgt die Agentur lediglich die Meeresverschmutzung durch Schiffe. Die EMSA hat Ölbekämpfungsschiffe auf Abruf bereit stehen. Es ergibt keinen Sinn, dass diese Schiffe eingesetzt werden, wenn ein Öltanker leckt, aber untätig liegen bleiben, wenn das Öl aus einer Offshore-Anlage ausläuft. Wir müssen die Verschmutzung unserer Meere mit allen Kräften verhindern. Ich habe bereits in meinem Bericht zur Integrierten Meerespolitik gefordert, das Potenzial der EMSA in dieser Hinsicht besser zu nutzen. Sie sollte darüber hinaus Kommission und Mitgliedsstaaten im Bereich der Ausbildung von Seeleuten beraten und beim Küstenschutz unterstützend tätig werden. Mit der Entscheidung fordert das Parlament für die Agentur außerdem einen größeren Spielraum zur Unterstützung der EU-Nachbarländer. Ölteppiche machen nicht an unseren Grenzen halt. Die EMSA soll daher ausdrücklich den Auftrag bekommen, in regionalen Gremien mit unseren Nachbarländern zusammenzuarbeiten, um Verschmutzungsrisiken zu verringern und auf Unfälle effektiv zu reagieren. Nach der Stellungnahme des Rates wird der Vorschlag in die zweite Lesung gehen.

### Für einen effizienten umweltfreundlichen Verkehr in Europa (Schattenbericht Verkehrsausschuss)

Mit dem Initiativbericht „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Wege zu einem wettbewerbsbestimmten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ nahm das Europaparlament Stellung zum Weißbuch Verkehr, das die Kommission Ende März diesen Jahres veröffentlicht hat. Grundsätzlich begrüßen wir Liberale das Weißbuch. Der europäische Binnenmarkt, unser Kernelement, braucht europaweit funktionierende Verkehrswege unter Einbeziehung aller Transportmittel. Ein Ziel der Europäischen Union ist die freie Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleistungen. Nur mit einer ausgewogenen Mischung der Transportmittel und intermodalen Plattformen erreichen wir

gleichzeitig Wahlmöglichkeit, Wettbewerb, Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit. Bei einigen von der Kommission vorgeschlagenen Zielen mussten wir jedoch gegensteuern, zum Beispiel bei der Pflicht zur Verlagerung des Güterverkehrs über Distanzen von mehr als 300 Kilometern ausschließlich auf Schiene und Wasserwege. Hier brauchen wir einen flexibleren Ansatz. Welcher Transportweg die beste ökonomische und ökologische Bilanz hat, hängt immer vom Einzelfall und den regionalen Gegebenheiten ab. Da in einigen Regionen längere LKWs die beste Lösung darstellen können, lehnen Liberale deren Ausschluss aus Gründen, die rein ideologischer Natur sind, ab. Neue Regelungen für Hafendienstleistungen brauchen wir nicht, wohl aber einen Vorschlag der Kommission für eine Trennung von Netz und Betreiber im Eisenbahnverkehr. Im Weißbuch Verkehr wird die europäische Verkehrspolitik für das kommende Jahrzehnt und auch darüber hinaus bis zum Jahr 2050 skizziert.

#### Gesundheitsschutz und Sicherheit an Arbeitsplatz verbessern

Eine Resolution zum besseren Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern hat das Parlament ebenfalls am Donnerstag verabschiedet. Jedes Jahr sterben 168000 EU-Bürger infolge von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, sieben Millionen verletzen sich bei Unfällen. Um diese Zahlen zu senken und einen einheitlichen Arbeitnehmerschutz in der Europäischen Union zu ermöglichen, fordert das Parlament in seiner Resolution die Kommission auf, Auswirkungen neuer Technologien und schädlicher Stoffe zu überprüfen, sowie das bereits 2004 verabschiedete Rahmenprogramm zu arbeitsbedingtem Stress in jedem Mitgliedsstaat ordnungsgemäß umzusetzen.

#### II. Aus meiner aktuellen Arbeit

##### LNG (Flüssiggas)-Seminar

Am 30. November habe ich ein Seminar zum Thema Flüssiggas als umweltfreundliche Alternative im Schiffsverkehr veranstaltet. Unter den Referenten waren Vertreter der Kommission, der Schiffbauindustrie, der Reeder, sowie der Häfen.

Flüssiggas stellt einen möglichen Weg zur Senkung der Emissionen im Schiffsverkehr dar. Durch Flüssiggas ist eine Senkung der Kohlendioxidemission (CO<sub>2</sub>) von bis zu 25 % möglich, sowie eine Senkung des Ausstoßes an Kohlenmonoxid (NO<sub>x</sub>) und Schwefel (SO<sub>x</sub>). Hauptanliegen des Seminars war es Wege aufzuzeigen, wie Flüssiggas auf dem Treibstoffmarkt eine größere Rolle einnehmen kann. Dabei ist das größte Problem die Schaffung neuer Infrastrukturen, damit Flüssiggas in den Häfen für Schiffe verfügbar wird.

Das Seminar fand bei Besuchern aus Parlament und internationalen Verbänden großen Zuspruch.

##### Einen Empfang für Violet Banda aus Malawi

Am Abend des 6. Dezember habe ich in Brüssel eine Veranstaltung mit Violet Banda, einer jungen Menschenrechtsaktivistin aus Malawi, gegeben. Violet Banda, seit Geburt HIV-positiv, setzt sich in ihrem Heimatland und über seine Grenzen hinaus für die Einhaltung von Menschenrechten, besonders für die Rechte von Frauen ein. In sehr persönlichen und emotionalen Schilderungen ermöglichte sie den Gästen einen Einblick "aus erster Hand" über die zum Teil menschenverachtenden Zustände in ihrer Heimat. Die Gäste der Veranstaltung

waren, ebenso wie ich, von dem selbstlosen und mutigen Engagement Frau Bandas beeindruckt.

#### Blaues Wachstum - Die Zukunft der Meere und maritime Entwicklungen in Europa

Der Europäische Rat hat den Schutz der Europäischen Meere zu einer vorrangigen gesellschaftlichen Aufgabe erklärt. Für mich als Norddeutsche hat Wasser darüber hinaus, wie wohl für die meisten "Nordlichter" eine besondere Bedeutung. Deshalb war ich am 7. Dezember Gastgeberin einer hochkarätig besetzten Veranstaltung. Neben der Kommissarin für Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Maria Damanaki, und der schleswig-holsteinischen Staatssekretärin für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dr. Cordelia Andreßen, waren es Wissenschaftler wie Régis Kalaydjian vom Meeresforschungsinstitut IFREMER die darüber berieten, wie die Förderung der Meeresforschung, auch im Zusammenhang mit dem Forschungsrahmenprogramm 2020, zukünftig einen auf Nachhaltigkeit und Effizienz fokussierter Umgang mit Gewässern gewährleisten kann.

Herzliche Grüße aus Straßburg verbunden mit den besten Wünschen für frohe Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr 2012 !

Ihre

Handwritten signature in black ink, reading "Gabriele Neff". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.

16.12.2011